

Bietigheimer Tag 2019 zum Thema "Demokratie leben"

Bietigheim-Bissingen (epd). Der Bietigheimer Tag 2019 hat am 24. März das Thema "Demokratie leben - jetzt erst recht". Den traditionellen Dialog zwischen Evangelischer Kirche und Sozialdemokratie führen in diesem Jahr Professor Reiner Anselm, Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, und Andreas Stoch, der baden-württembergische SPD-Landesvorsitzende, Rechtsanwalt und ehemalige Landes-Bildungsminister, teilten die Veranstalter mit.

An einem Podiumsgespräch anschließend an Predigt und Vortrag nehmen zudem der Journalist Jörg Palitzsch, der Student Tamer Aydemir, die Vorstandsvorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg, Barbara Traub, und Wolfgang Antes vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg teil. Im Vorfeld des Bietigheimer Tags findet samstags (23. März) ein öffentliches Gespräch zwischen Jugendlichen und dem Bietigheim-Bissinger Oberbürgermeister Jürgen Kessing (SPD) statt.

Der Bietigheimer Tag wurde 1921 ins Leben gerufen von dem Bietigheimer Pfarrer Hans Voelter. Er wollte die damals teils scharf konträren Auffassungen von Protestanten und Sozialdemokraten zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen in Basisveranstaltungen ins Gespräch bringen. Anfangs, heißt es in den Annalen des Bietigheimer Tags, seien bei den Diskussionen fast die Stühle geflogen. Trotzdem wurde das bundesweit einmalige Gesprächsangebot kontinuierlich und bis heute mit hoher Besucherzahl angenommen. Sowohl die Kirchengemeinde Bietigheim als auch die örtliche SPD boten jeweils prominente Referenten für die Grundsatzreferate auf, von Elly Heuss-Knapp über Gustav Heinemann bis Erhard Eppler sowie Bischöfe, Publizisten, Akademiedirektoren und Diakoniepräsidenten. (0646/09.03.2019)

epd lbw mu-

Die Idee der Demokratie muss neu belebt werden

Bietigheim-Bissingen (epd). Die Idee der Demokratie ist nach Auffassung des Münchner Theologen Reiner Anselm gefährdet und muss neu belebt werden. Eine freiheitliche Demokratie sei auf motivierende Kräfte angewiesen, wenn sie lebendig bleiben sollte, sagte der Vorsitzende der Kammer für Öffentliche Verantwortung im Rat der EKD beim Bietigheimer Tag 2019 am Sonntag. "Diese Kräfte wachzuhalten ist die mit Abstand wichtigste Aufgabe, die der Kirche in einer Demokratie zukommt."

Der Professor für Systematische Theologie und Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität München warnte davor, in einer Demokratie mit dem Willen Gottes zu argumentieren. "Diese Position mag sich mit dem Selbstverständnis mancher kirchlicher Funktionäre decken - mit der Demokratie ist ihr Gestus unvereinbar", sagte Anselm laut Manuskript.

Dennoch sei unstrittig, dass konstitutive Elemente der Demokratie wie Begrenzung der Macht, gegenseitige Korrektur und gegenseitige konstruktive Kritik sich auf die Geschichte des Christentums zurückführen lassen. Auch sich gegenseitig als frei und gleich anzuerkennen und von grundlegenden Rechten auszugehen sei fest in der Tradition des Christentums verankert. Glaube bewahre zudem davor, allein wissen zu wollen, was richtiges Handeln ist, denn christliche Ethik sei die Suche nach Kompromissen und Gemeinsamkeiten.

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Andreas Stoch, sagte laut Manuskript, ein Problem für die Demokratie seien die unkontrolliert und sich rasend schnell entwickelnden digitalen Medien. Über sie könnten "ganz bewusst Unwahrheiten und Falschbehauptungen verbreitet" werden.

Das bayerische Volksbegehren zum Insektenschutz oder die "Fridays for Future" zeigten jedoch, dass die Digitalisierung dazu beitragen könne, die Demokratie wieder direkt zu machen. Wenn die Sicherheit digitaler Kommunikationswege gewährleistet und sachliche Information verfügbar sei, dann könnten Bürger über alle Parteigrenzen hinweg zu Sachfragen der Gesellschaftsgestaltung Stellung nehmen.

Der Bietigheimer Tag wurde 1921 ins Leben gerufen von Pfarrer Hans Voelter. Er wollte die damals teils scharf konträren Auffassungen von Protestanten und Sozialdemokraten zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen ins Gespräch bringen. (0824/24.03.2019)

epd lbw mu- sd

LKZ: BIETIGHEIM-BISSINGEN 25.03.2019

Bietigheimer Tag

Herausforderungen für Demokratie

SPD-Landeschef Andreas Stoch geht in seinem Vortrag auch auf die „Verrohung der Sitten im Internet“ ein

Bietigheim-Bissingen. Mit einer vollen Stadtkirche und einem vollen Gemeindehaus erlebte der „Bietigheimer Tag“ erneut starke Resonanz – und vehemente Plädoyers zur Verteidigung der Demokratie.



Im 98. Jahr geht der Bietigheimer Tag, mit dem die evangelische Kirche im Ort einst den Brückenschlag zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft schlagen wollte, stramm auf ein großes Jubiläum zu. In der Stadtkirche fühlte sich das nun so an, als gelte es schon jetzt ein wenig zu feiern. Vielleicht lag es ja am Thema, dass die Kirchenbänke voll waren: „Demokratie leben – jetzt erst recht!“

Auf der Kanzel befasste sich der Münchner Theologie- und Ethik-Professor Reiner Anselm mit dem Propheten Jeremias, der ob seiner Standfestigkeit „Spott und

Anfeindungen seiner Gegner ertragen musste, sich dadurch aber weder zu Rache noch Selbstjustiz verleiten ließ“, wie Anselm betonte. Jeremias sei „Opposition gewesen, wie Demokratien auch heute Opposition brauchen“. Trotzdem sei er „nur bedingt ein Vorbild, denn sein Gestus der Unnachgiebigkeit ist mit Demokratie nicht vereinbar“. Dabei argumentierte Anselm mit dem Bonhoeffer-Wort, wonach es „zwischen dem Letzten und Vorletzten zu unterscheiden“ gelte. So gebe die Bibel keine konkrete Handlungsanweisung, sondern „einen Rahmen, der von menschlichem Handeln ausgefüllt werden muss“. Nach diesem Maßstab schicke sich Jeremias an, „im Namen des Guten gegen den Geist der Versöhnung zu verstoßen“. Just dieser Geist spiegle die „demokratische Tugend des Kompromisses“: Als Ausdruck dafür, „das niemand von uns im Besitz letzter Wahrheiten ist“. So sei es „die einzigartige Stärke der Demokratie, Kontroversen auszuhalten und auf andere zuzugehen. Damit Fragen eben nicht zu Glaubensfragen werden“, betonte Anselm. „Diesen Glauben an die Versöhnung weiterzugeben, das ist Arbeit an der Demokratie.“

Daran anknüpfend glich das Grußwort von Oberbürgermeister Jürgen Kessing eher einer Grundsatzrede, wobei er direkt an das „Bündnis für Menschlichkeit“ erinnerte, das jüngst mit Hunderten von Teilnehmern auf dem Kronenplatz Flagge gezeigt hatte. So stehe die Stadtgesellschaft „für Freiheit, wechselseitigen Respekt und ein gutes soziales Miteinander, für ein demokratisches, friedliches und weltoffenes Gemeinwesen“. Im Übrigen seien es „auch die Menschen in den hiesigen Unternehmen“, die genau das wollten: „Von denen wir abhängen und deren Kontakte in die ganze Welt reichen“. Das Stadtoberhaupt schloss: „Demokratie kann und muss gelebt werden, jetzt erst recht!“

Andreas Stoch, Mitglied des Landtages und Vorsitzender der Landes-SPD, arbeitete in seinem ausdrücklich nicht auf Wahlkampf peilenden Vortrag heraus, wie Demokratie „heute herausgefordert ist“. Und zwar speziell durch die Möglichkeiten des Internets, wo „auch mit falschen Behauptungen gültige Wahlergebnisse erzielt werden“. Stoch konstatierte, dass „die Verrohung der Sitten im Internet“ nichts mehr mit Dialog oder harten Auseinandersetzungen gemein hätten, wie sie die Demokratie brauche: „Dies ist das digitale Gebrüll einer Saalschlacht, bei der andere zum Schweigen gebracht werden sollen.“ Neben dem manipulativen Potenzial von sozialen Medien komme hinzu: „Man klickt sich die Welt, wie sie einem gefällt.“ Eine Infantilisierung, die nicht mehr „zwischen komplettem Blödsinn und seriösen Nachrichten“ unterscheide und hinter der der „Wunsch nach Allmacht“ stecke. Angesichts der medialen Atomisierung von Öffentlichkeit sei die „Herausforderung für die Demokratie, überhaupt noch eine gemeinsame Landkarte zu haben“. Darauf gelte es „Antworten zu finden“, wobei Stoch auch Chancen für „mehr Beteiligung und direkte Demokratie“ auslotete.

Auch Barbara Traub, Vorstandsvorsitzende der Israelitischen Gemeinde Württemberg, hielt angesichts einer „Radikalisierung des Denkens, die auch in Baden-Württemberg bis in die Mitte der Gesellschaft reicht“, ein leidenschaftliches Plädoyer für die Demokratie: „Wir müssen zusammenhalten und Brücken bauen. Es gibt keine bessere Gesellschaft als die demokratisch verfasste. Aber wir müssen dafür kämpfen. Jetzt erst recht!“

Autor:Georg Linsenmann

Bietigheimer Zeitung:

Bietigheim Stoch: „Die Menschen wollen beteiligt werden“



Vor dem Gottesdienst am Bietigheimer Tag im Gespräch (von links): SPD Landesvorsitzender Andreas Stoch, Stadtpfarrer Bernhard Ritter, Referent Dr. Rainer Anselm, Oberbürgermeister Jürgen Kessing und Dekan Eberhard Feucht.

© Foto: Martin Kalb

Bietigheim-Bissingen / Günther Jungnickl 25.03.2019

Mit dem an der Münchener Universität lehrenden Professor für systematische Theologie und Ethik, Dr. Reiner Anselm, und dem SPD-Fraktionschef im Stuttgarter Landtag, Andreas Stoch, hatte der vorbereitende Ausschuss des Bietigheimer Tags um die beiden Pfarrer Thomas Reusch-Frey und Bernhard Ritter zwei prominente und versierte Referenten gewonnen. Der eine verpackte sein Statement in die morgendliche Predigt und der Fraktionsvorsitzende in seinen Vortrag. Nachdem bei der Auftaktveranstaltung des Bietigheimer Tags am Samstag Jugendliche zu Wort kamen (siehe Text links), wurde die Diskussion unter dem Motto „Demokratie leben – jetzt erst recht!“ am Sonntag in der bis auf den letzten Platz gefüllten Stadtkirche weitergeführt.

Beide, Anselm und Stoch, stellten sich anschließend auch noch im benachbarten evangelischen Gemeindehaus einer Podiumsdiskussion, an der auch noch vier weitere Teilnehmer dem Publikum Rede und Antwort standen: Professor Barbara Traub, die

Vorsitzende der Israelischen Religionsgemeinschaft Württembergs, Wolfgang Antes vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg in Sersheim, Juso und Wirtschaftsstudent Tamer Aydemir und der Chef vom Dienst der Bietigheimer Zeitung, Jörg Palitzsch.

Schon Oberbürgermeister Jürgen Kessing war in seiner kurzen Begrüßungsrede auf das terroristische Attentat von Neuseeland zu sprechen gekommen, also „ein Thema, bei dem wir über den Tellerrand blicken müssen“. Umso mehr sprach er von der Genugtuung, die er empfunden habe, als er nachträglich von dem „Bündnis für Menschlichkeit statt Hass“ erfuhr, das sich in seiner Stadt über Parteigrenzen hinweg gefunden hatte. 500 Menschen seien zu einer Demonstration gegen Rechts auf die Straße gegangen. 70 Jahre in Demokratie, in Frieden und Freiheit seien nach dem Zweiten Weltkrieg vergangen, sie wären nicht umsonst gewesen. Denn die Menschen in Bietigheim-Bissingen seien selbstbewusst und weltoffen, allein schon wegen der wirtschaftlichen Erfolge, so Kessing.

Auch Andreas Stoch setzte sich „als Christ und Sozialdemokrat“ in seinem Referat mit dem Thema Demokratie auseinander, das durch den Missbrauch des Internets in Gefahr zu geraten scheint, so der Politiker. „Digitales Gebrüll“ nannte der SPD-Mann diese Auswüchse ohne jede Rücksichtnahme. Sie seien einem „Wunsch nach Allmacht“ geschuldet, wobei der Wahrheitsgehalt keine Rolle mehr spiele. Dennoch warnte er davor, die Sozialen Medien in Bausch und Bogen zu verdammen. Er plädierte offen für die Nutzung dieser Medien, weil er in der Artenschutz-Abstimmung von Bayern und in den Freitagsdemonstrationen durch Schüler für den Klimaschutz hoffnungsvolle Ansätze sieht. „Denn die Menschen wollen beteiligt werden“, ist sich Stoch sicher. Deshalb plädierte er auch für mehr Einzelabstimmungen bei großen Projekten, wo sich auch parteiübergreifend und ideologiefrei Menschen dafür oder dagegen entscheiden könnten. Als Vorbild nannte er die Schweiz, denn das sei eine große Chance für mehr Demokratie.

Gegen Minderheitenschutz

Dem widersprach Ethikprofessor Dr. Reiner Anselm in der anschließenden Diskussion im evangelischen Gemeindehaus. Dem gefiel nämlich keinesfalls der Minderheitenschutz, wie ihn die Schweiz handhabt. „Das ist in Deutschland wesentlich besser geregelt“, meinte er.

Im Übrigen sprach sich der Münchener dafür aus, dass alle umdenken müssten: „Denn unverrückbare Wahrheiten gibt es nicht mehr.“ Revidierbar zu sein, sei die Lösung. Selbst das Grundgesetz habe von Fall zu Fall angepasst werden müssen.

Für Professor Traub ist inzwischen die AfD eine relativ große Fraktion auch in Baden-Württemberg, wenn man nach Polen, Ungarn, nach Österreich, in die USA oder nach England blicke, feierten nationalistische Töne fröhliche Urstände. Auch antisemitische Anfeindungen seien keine Seltenheit mehr. „Wo Menschen sich radikalieren, geht Vertrauen kaputt“, beklagte sie. Die Bürgergesellschaft alter Schule, die geprägt war aufgrund eben dieses Vertrauens gebe es nicht mehr. Deshalb müssten Brücken gebaut werden, um sie wieder herzustellen.

„Gibt es Politikverdrossenheit bei der Jugend?“ will Pfarrer Reusch-Frey von Juso Aydemir wissen. Der Student räumt ein, dass zwar junge Menschen ungern zu Wahlen gehen, trotzdem plädiert er für das Wahlrecht für 16-Jährige. „Denn Jugendliche lassen sich durchaus aktivieren, wie die Freitagsdemonstrationen für Klimaschutz bewiesen haben.“

Jörg Palitzsch ist seit 40 Jahren Journalist und hat inzwischen festgestellt, dass die Leser immer kritischer geworden sind. „Demokratisierung bedeutet für mich Leserbeteiligung“, sagt er. Im Übrigen ist er sich sicher, dass auf lokaler Ebene keine Fakenews passieren können, weil in einem eng begrenzten Gebiet „jeder jeden kennt“ und die Menschen genau wüssten, was vor ihrer Haustür passiert.

Bietigheimer Tag OB stellt sich den Fragen der Jugendlichen



Bei der Auftaktveranstaltung des Bietigheimer Tags am Samstag, stellte sich OB Kessing den Fragen der Jugendlichen.

© Foto: Martin Kalb

[Teilen](#)

[Twittern](#)

Bietigheim-Bissingen / Yasina Hipp 25.03.2019

„Wenn ich OB wäre, dann würde ich in der Stadt...“ unter diesem Motto startete am Samstagmorgen das Gespräch zwischen rund 25 Jugendlichen und Bietigheims Oberbürgermeister Jürgen Kessing. Gleichzeitig war die Veranstaltung auch der Auftakt für den Bietigheimer Tag, seit 98 Jahren organisiert von der Evangelischen Kirche und der SPD. Für das Jahr 2019 war der Leitspruch an diesem Wochenende „Demokratie leben – jetzt erst recht!“.

Treffen im Rathaussaal

Diese Gelegenheit nutzten die Jugendlichen im Rahmen ihres Konfirmationsunterrichtes. Im Rathaussaal, wo sonst die wichtigen kommunalen Entscheidungen getroffen werden, empfingen Bernhard Ritter von der Evangelischen Kirche und Thomas Reusch-Frey als SPD-Vertreter den OB und die Jugendlichen. Zwei besondere Gäste waren Sophie Gburek und Nishara Gardiner. Die beiden Zwölfklässlerinnen vom Ellental-Gymnasium präsentierten ihre Erlebnisse aus dem Projekt „Schule als Staat“, das im Jahr 2017 stattgefunden hatte.

„Die Konfirmanden haben auch noch einige Punkte zusammengetragen, die ihnen an der Stadt gut gefallen“, so Ritter. An erster Stelle stand das rege Vereinsleben der Stadt. Dazu gehöre insgesamt das große Angebot an kulturellen Veranstaltungen, das eben auch die jungen Leute anspreche. Ebenso wie die schöne Altstadt, der Bürgerpark und die Sauberkeit der Stadt.

OB Kessing nahm die positive Rückmeldung zur Kenntnis und wappnete sich dann für die zunächst noch zurückhaltenden Wortmeldungen der jungen Gäste. Der 14-jährige Ruben, von der Waldschule Bietigheim machte den ersten Schritt: „Ich fände es gut, wenn es mehr Vertrauenslehrer an den Schulen geben würde.“ Zum Thema Schule und Lehren kamen nach diesem Eisbrecher dann einige Anregungen. Ein Schulfach zum Umgang mit Computern solle eingeführt werden und die Lehrer sollten im Umgang mit den neuen Techniken geschult werden. OB Kessing ordnete die Meldungen in den Gesamtzusammenhang ein: „Wir als Kommune sind in Sachen Bildung und Schule nur für die Bereitstellung der Hardware, also zum Beispiel der Gebäude zuständig. Die Software, also die Lehrer, ist Aufgabe des Landes.“ Somit seien ihm weitestgehend die Hände gebunden.

Der nächste Block an Fragen war zum Thema Verkehr, zu ÖPNV, der Parkplatzsituation, Fußgängerüberwegen und Radwegen. „Wir sind in einem permanenten Konflikt, wem wir auf der Straße den Vorrang geben, sodass es zu keinen großen Behinderungen kommt“, so der Schultes. An dieser Stelle konnten auch Sophie Gburek und Nishara Gardiner aus ihren Erfahrungen vom Projekt „Schule als Staat“ berichten. „Wir haben bei diesem Mini-Projekt schon gemerkt, wie lange eine Entscheidungsfindung und deren Umsetzung dauern kann, dann kann man sich zirka vorstellen, wie lange das im realen Leben dauert“, so Nishara Gardiner. Abschließend kamen noch Fragen zu Vandalismus, Bürgerbeteiligung und zur Idee von öffentlichen Schließfächern.

Probleme decken sich oft

„Ich finde solche Treffen mit jungen Menschen immer spannend und sehe dann, dass sich deren Probleme oft mit denen der Erwachsenen decken“, so Kessing, „ich bin dafür, das im nächsten Jahr fortzusetzen.“ Mit seinen Antworten weckte der OB das Bewusstsein der Jugendlichen für Vorgänge und Prozesse, die ihnen gar nicht bekannt waren. Er zeigte, dass die Arbeit einer Kommune komplex ist und viel Geduld verlangt. „Wir finden, dass er gut

reagiert hat auf unsere Fragen. Manchmal ist er ein kleines bisschen vom Thema abgeschweift“, sagten die 13-jährige Madeleine und die 14-jährige Antonia vom Ellental-Gymnasium, „wir sind jetzt mal gespannt, ob sich etwas verändert.“

Viele Grüße
Thomas Reusch-Frey